

Dreck im Diesel

Vor zwei Jahren flogen in den USA die »Abgastricks« von VW auf. Seite 2



Selfiestick im Parkett

Das Smartphonelicht misshandelt im Theater die Schauspielkunst. Seite 15

Illustration: iStock/nuvolanevicata

Platz für Profit

Denkmalschutz? Ist doch egal! Ein Abriss in München. Seite 3

Foto: Maik Rosner



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 18. September 2017

72. Jahrgang/Nr. 218

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Jamaikadebatte schadet Grünen

Aert van Riel über die Wahlstrategien der Ökopartei

Für die Grünen ist es riskant, dass sie vor der Bundestagswahl über mögliche Koalitionsverhandlungen reden. Denn diese Gespräche müssten nach derzeitigem Stand mit der Union und eventuell auch mit der FDP geführt werden. Wenn man sich dann auf eine sogenannte Jamaika-Koalition einigen sollte, würden die fortschrittlichen Passagen im Wahlprogramm der Grünen zur Sozial- und Flüchtlingspolitik keine Rolle mehr spielen. Die Kräfteverhältnisse wären klar verteilt und die Ökopartei nur ein Anhängsel der Union oder von Schwarz-Gelb.

Wegen dieser Aussichten droht ein weiterer Verlust von Stimmen bisheriger linker Unterstützer der Grünen. Die Spitzenkandidaten Katrin Göring-Eckardt und Cem Özdemir ignorieren dies. Sie vertreten eine eher konservative Politik und stehen in vielen Fragen der Union näher als dem linken Flügel ihrer eigenen Partei. Als Stichwort sei hier nur der Umgang mit den Hartz-IV-Sanktionen genannt. Deren Abschaffung ist zwar Beschlusslage der Grünen, aber die Forderung entspricht keineswegs dem Willen des Spitzenkandidatenduos.

Eine zündende Idee, wie es in den Umfragen wieder bergauf gehen könnte, war auch beim Parteitag der Grünen am Sonntag nicht zu erkennen. Das Werben der Ökopartei um enttäuschte SPD-Anhänger ist wenig erfolgversprechend. Denn diese Leute wissen, was eine Regierungsbeteiligung der Grünen im Unterschied zu einer erneuten Großen Koalition bedeuten würde: Noch mehr Macht für Angela Merkel.

UNTEN LINKS

Bürger! Haben Sie vor, demnächst zu demonstrieren? Womöglich gegen Überwachung? Dann bitten wir Sie, uns zu Ihrer eigenen Sicherheit vorab Ihren Namen, Adresse und Telefonnummer mitzuteilen. Ebenso die sämtlicher Freunde und Verwandten. Falls Sie das als unangemessen empfinden: Richtig. Das reicht bei Weitem nicht. Sie legen uns zusätzlich alle geschriebenen und empfangenen E-Mails offen, zu Ihrer eigenen Sicherheit bitte zusätzlich den Internetverlauf der vergangenen zehn Jahre. Bank-, Kreditkartendaten verstehen sich von selbst, Pulsfrequenz optional, ist aber gewünscht. Belegen Sie bitte, wo Sie sich in den letzten Jahren aufgehalten haben. Hierbei möchten wir Ihnen entgegenkommen, es reicht eine Angabe pro Stunde. Halten Sie noch einen Fingerabdruck sowie ein Foto bereit. Sie können Ihnen und uns viele Unannehmlichkeiten sparen, indem Sie einfach ihr iPhone mitbringen. Mit freundlichen Grüßen, Hans Klappenscheu, Ministerium für Bequemlichkeit. sf

Gekommen, um zu bleiben

10 000 Menschen demonstrierten am Samstag in Berlin gegen Abschiebungen



Foto: Björn Kietzmann

Berlin. Für ein Bleiberecht von Geflüchteten und für sichere Fluchtrouten gingen am Wochenende in Berlin rund 10 000 Menschen auf die Straße. Initiiert hatte den Demonstrationsszug das Bündnis »We'll come united« aus mehr als 100 Gruppen und Vereinen, viele von ihnen aus der Flüchtlingsselfstorganisation. Eine Woche vor der Bundestagswahl wollten sie mit einer bunten Parade ihre Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit erhöhen. Bei der Bundestagswahl werde über sie entschieden, ohne sie nach ihrer Meinung zu fragen, sagte Bündnissprecherin Newroz Duman im Anschluss an die Demonstration. »Wir haben be-

reits vor dieser Wahl gewählt«, sagte sie. Die Geflüchteten forderten »das Recht hier zu sein, das Recht auf Schule, das Recht auf Arbeit, das Recht, unsere Familien bei uns zu haben.«

An der Demonstration am Samstag nahmen Menschen unterschiedlicher Nationen, allen Alters und jeden Geschlechts teil. Sie liefen vom Bundesinnenministerium in Berlin-Moabit bis zum Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg und prangerten Abschiebungen sowie Verschärfungen im Asylrecht an. »Wer uns im Mittelmeer ertrinken lässt und Internierungslager in der libyschen Wüste bauen will, wer uns eiskalt nach Afghanistan abschiebt, der

muss mit unserem Widerstand rechnen«, sagte Sprecherin Duman.

Rund 100 000 Menschen flohen in diesem Jahr bereits über das Mittelmeer nach Europa. Nach jüngsten Abschottungsbemühungen Italiens und der EU ist die Route aber so gut wie geschlossen. Geflüchtete sind daher gezwungen, auf andere Strecken auszuweichen. Hunderte Menschen versuchten daher im August und September, über das Schwarze Meer zu fliehen. Die Route gilt wegen schweren Windes und kalter Temperaturen als weitaus unberechenbarer als der Weg über das Mittelmeer. *jet*

Seiten 5 und 11

Grüne wollen mitregieren

Ökopartei bekräftigt auf Kleinem Parteitag, nach der Bundestagswahl zu Sondierungen bereit zu sein

Die Grünen werben um frühere Unterstützer der SPD. Ihre linke Rhetorik kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie offen für ein Bündnis mit Union und FDP sind.

Von Aert van Riel

Eine Woche vor der Bundestagswahl hoffen die Grünen weiterhin, den dritten Platz zu belegen und an einer Regierung beteiligt zu werden. Am Sonntag erinnerte Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt bei einem Kleinen Parteitag in Berlin an Umfragen, wonach fast 40 Prozent der Befragten unentschlossen seien.

Die Grünen müssen bis zum Wahltermin allerdings noch zulegen, um ihre Ziele zu erreichen. Die meisten Erhebungen sehen sie zwischen sechs und acht Prozent. Damit würde die Ökopartei voraussichtlich die kleinste von insgesamt sechs Fraktionen im neuen Bundestag stellen. Die Grünen

wollen nun im Wahlkampfendspurt vor allem um Bürger werben, die sich noch unsicher sind, ob sie ihr Kreuz bei der SPD oder bei der Ökopartei machen werden. Göring-Eckardt warf den Sozialdemokraten vor, einen Blankoscheck für eine erneute Große Koalition auszustellen und in der zu Ende gehenden Legislaturperiode ihre Versprechen etwa bei der Armutsbekämpfung und bei der Beschränkung von Rüstungsexporten gebrochen zu haben.

Allerdings sind auch die Grünen offen für eine Zusammenarbeit mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die CDU-Vorsitzende wurde von den Rednern beim Grünen-Parteitag weitgehend geschont. »Eine Umfrage hat ergeben, dass jeder zweite Deutsche will, dass die Grünen mitregieren«, erklärte Göring-Eckardt. Die einzige Regierungsoption für die Grünen wäre nach derzeitigem Stand eine Koalition mit Union und FDP. Obwohl sich die Grü-

nen in ihrem Leitanspruch für den Parteitag und in zahlreichen Redebeiträgen vor allem von den Freien Demokraten abgrenzten, scheinen sie grundsätzlich für ein schwarz-gelb-grünes Bündnis bereit zu sein.

»Fast 40 Prozent der Wähler sind noch unentschlossen.«

Katrin Göring-Eckardt, Fraktionschefin Grüne

Göring-Eckardt kritisierte, dass die FDP die Mietpreisbremse abschaffen und weiter auf Kohleenergie setzen wolle. Zugleich erklärte sie, dass sie und ihre Partei von den Wählern den Auftrag erhalten wollten, »dieses Land mitzuregieren«. Die dann möglicherweise anstehenden Koalitionsverhandlungen nannte Göring-

Eckardt »verdammt schwierig«. Zentrales Thema für die Grünen soll dann die Klimapolitik sein.

Zudem erklärte Ko-Spitzenkandidat Cem Özdemir, dass er davon ausgehe, dass auch die Union mit seiner Partei den Islamismus bekämpfen wolle. Als Voraussetzung dafür forderte er die Konservativen dazu auf, keine Waffen mehr an Saudi-Arabien zu liefern.

Auch andere Grüne sprachen sich für eine mögliche Regierungsbeteiligung im Bund aus. »Wir wollen aber keine Mehrheitsbeschaffer sein, sondern mit Haltung regieren«, sagte die Bundestagsabgeordnete Claudia Roth. Parteichefin Simone Peter kündigte »harte Verhandlungen« mit den möglichen Partnern an, wenn es dazu kommen sollte.

Zeitgleich betonte auch FDP-Chef Christian Lindner bei einem Parteitag in Berlin, keine Koalition mit Union, SPD oder Grünen auszuschließen. *Seite 5*

Polizei stoppt Lkw mit 51 Flüchtlingen

Menschen kommen aus Irak, mutmaßliche Schleuser gefasst

Frankfurt (Oder). Die Bundespolizei in Brandenburg hat in der Nacht zum Samstag auf der Autobahn 12 bei Müllrose einen Lastwagen gestoppt, mit dem 17 Kinder und 34 Erwachsene auf illegalem Weg nach Deutschland geschleust wurden. Es handelt sich um mehrere Familien, die nach eigener Auskunft irakische Staatsangehörige sind. Dokumente hatten sie nicht bei sich. Der Lkw ist in der Türkei registriert, der 46-jährige Fahrer türkischer Staatsbürger. Die Polizei verdächtigt zudem einen 26-jährigen Mann aus Syrien, Mitglied einer Schleuserbande zu sein. Die Beamten hoffen nun, eine neue Schleuseroute aufklären zu können.

Die Flüchtlinge wurden zunächst bei der Bundespolizei in Frankfurt (Oder) versorgt und medizinisch betreut. Dabei ergaben sich keine Hinweise auf Verletzungen, allerdings wies eine Person Anzeichen von Dehydrierung auf, andere hatten Hunger und Durst. Unterstützt wurden die Polizisten durch das Technische Hilfswerk, durch Rettungsdienste und die Feuerwehr. *nd*

Seite 12

Hamas ist bereit, die Verwaltung in Gaza abzugeben

Verantwortlicher der Fatah reagiert verhalten auf das Angebot

Gaza/Tel Aviv. Zehn Jahre nach der gewaltsamen Machtübernahme im Gazastreifen hat sich die Hamas bereit erklärt, die Verwaltung des blockierten Küstenstreifens am Mittelmeer abzugeben. Die radikal-islamische Palästinenserorganisation teilte am Sonntag mit, sie lade die Regierung des Palästinenserpräsidenten Mahmud Abbas im Westjordanland dazu ein, »in den Gazastreifen zu kommen und ihre Aufgaben sofort zu übernehmen.«

Im palästinensischen Rundfunk äußerte sich der Vize des Palästinenserpräsidenten verhalten. Mahmud al-Alul, Mitglied des Fatah-Zentralkomitees, sprach von »guten Nachrichten«. Er blieb jedoch skeptisch, ob dies wirklich zu einer umfassenden Versöhnung der beiden größten Palästinenserorganisationen führen wird. Es gebe noch zu viele Einzelheiten, die geklärt werden müssten. Den Verlautbarungen sind Vermittlungen von Ägypten vorausgegangen. *dpa/nd*

Terrorwarnung »nur« noch ernst

London: Zwei mutmaßliche U-Bahn-Bomber in Haft, IS als Auftraggeber?

London. Nach zwei Festnahmen im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Londoner U-Bahn haben die britischen Sicherheitsbehörden die höchste Terrorwarnstufe wieder aufgehoben. Die Warnstufe werde von »kritisch« wieder auf »ernst« abgesenkt, gab Innenministerin Amber Rudd am Sonntag im Fernsehen bekannt. Dies bedeutet, dass ein Anschlag nicht mehr unmittelbar bevorsteht, sondern »nur« noch als »sehr wahrscheinlich« eingestuft wird. Am Freitag war in der Londoner U-Bahn eine Bombe explodiert. Die meisten der 30 Opfer erlitten Verbrennungen, keiner der Verletzten schwebte in Lebensgefahr. Der Sprengsatz war mit Nägeln gespickt und mit einem Zeitzähler versehen, hat aber nicht richtig funktioniert. Laut BBC soll es sich bei der Bombe um eine ähnliche Konstruktion gehandelt haben wie die beim Attentat in Manchester benutzte. Bei dem Anschlag im Mai waren 22 Menschen getötet worden. Die Terrororganisation Islamischer Staat reklamierte auch den jüngsten Anschlag für sich. *AFP/nd*

Seite 4

ISSN 0323-3375

